

DEUTSCHE BAUZEITUNG

Wochenblatt

Zusendungen bittet man zu richten:
An die Redaktion der Deutschen
Bauzeitung, Berlin, Oranien-Str. 101.

Bestellungen übernehmen alle Post-
Anstalten und Buchhandlungen, für
Berlin die Expedition, Oranienstr. 101.

Insertionen (2½ Sgr. die gespaltene
Petitzelle) finden Aufnahme in der
Gratis-Beilage „Bau-Anzeiger.“

herausgegeben von Mitgliedern

des Architekten-Vereins zu Berlin.

Preis 1 Thlr. pro Vierteljahr. Bei di-
rekter Zusendung jeder Nummer
unter Kreuzband 1 Thlr. 5 Sgr.

Redakteur K. E. O. Fritsch.

Berlin, den 21. September 1871.

Erscheint jeden Donnerstag.

Inhalt: Eine neue Bauordnung für Berlin. — Feuilleton: Die Reise des
Berliner Architekten-Vereins nach Schwerin, Lübeck und Hamburg am 26. bis 31.
August 1871. (Schluss.) — Die mittelalterlichen Bauwerke in Lübeck. — Mit-
theilungen aus Vereinen: Aus dem Architekten-Verein zu St. Petersburg.
— Architekten-Verein zu Berlin. — Vermischtes: Kloset-Einrichtungen. —

Die feierliche Eröffnung des Mont-Cenis-Tunnels. — Der theilweise Einsturz eines
Hauses in Berlin. — Bauwissenschaftliche Litteratur. Juli, August Sep-
tember 1871. — Konkurrenzen: Konkurrenz für den Wiederaufbau der Neuen
Kirche in Strassburg. — Personal-Nachrichten etc.

Eine neue Bauordnung für Berlin.

Eine grosse Ueberraschung hat uns das offizielle Organ der Stadtgemeinde Berlin, das Kommunalblatt vom vorigen Sonntag den 17. September gebracht — den Entwurf einer neuen Bauordnung für die Stadt Berlin, die nach einer im letzten § (110) des Entwurfs, ohne besondere Auszeichnung der Stelle oder des Druckes enthaltenen Ankündigung bereits vom 1. Januar 1872 ab in Kraft treten soll.

Dass zu diesem Termine, mit welchem bekanntlich die neue, auf Einführung des metrischen Systems basirte Maass- und Gewichtsordnung obligatorisch wird, eine Aenderung im Wortlaute der bisher gültigen Baupolizei-Ordnung vom 21. April 1853 erfolgen musste, ist allerdings selbstredend. Aber der von der Bau-Abtheilung des Königlichen Polizei-Präsidiums aufgestellte Entwurf der neuen Bauordnung beschränkt sich, wie dies in Fachkreisen schon längst bekannt war, durchaus nicht auf eine freie Uebersetzung der in dem älteren Reglement enthaltenen Maassbestimmungen in das neue Maasssystem, sondern strebt thatsächlich eine materielle Reform jener in vielen Beziehungen schon längst veralteten Baupolizei-Ordnung von 1853 an. Es konnte und musste daher erwartet werden, dass eine solche Reform nicht ohne die vorsichtigste Berücksichtigung aller hierbei entstehenden Schwierigkeiten, nicht ohne die gründlichste und vielseitigste Ueberlegung und Berathung ins Werk gesetzt werden würde.

Es giebt kaum ein allgemeines Gesetz oder eine lokale Polizei-Verordnung, welche so tief in das bürgerliche Leben eingreift als neue Normen, nach denen unsere Strassen, Häuser, Wohnungen von einem bestimmten Zeitpunkt ab im Gegensatz zu einem früheren entstehen sollen. Ein wesentlicher Theil unseres gesammten gesellschaftlichen Zustandes ist mit der äusseren Form unseres geselligen Zusammenlebens, als welche sich unsere Häuser darstellen, auf das Innigste verbunden. Mit der Natur der Baugewerbe ist fernerhin nothwendig der Umstand verknüpft, dass die Verhältnisse der Gegenwart auf längere Zeit hinaus eine Wirkung ausüben, weil kontraktliche Verpflichtungen aller Art, deren Realisirung erst in späterer Zeit, zum Mindesten erst in der nächsten Bauperiode eintritt, geschlossen werden mit Rücksicht auf die vorhandenen baulichen Verhältnisse. Es ist daher bei allen beabsichtigten, scheinbar noch so unwesentlichen Aenderungen des augenblicklichen Zustandes dringend wünschenswerth, ja nach unserer Anschauung sogar unbedingt nothwendig, dass eine beabsichtigte Reform eine längere Zeit, mindestens eine Bauperiode vorher, ehe sie in's Leben tritt, dem Publikum bekannt werde. Nur wenn der wesentlichste Theil der unter früheren Verhältnissen eingegangenen Verbindlichkeiten unter deren Fortdauer abgewickelt und die neue Ordnung der Dinge während der gewöhnlichen Zeit vorbereitet worden ist, kann ohne grosse Schädigung privater Interessen eine Aenderung eines vorhandenen gesetzlichen Zustandes eintreten.

Von nicht geringerer Berechtigung erscheint uns die weitere Forderung, dass bei einer Angelegenheit von so tieferreichender, organischer Bedeutung den zunächst beteiligten Personen, in diesem Falle also den Bautechnikern Berlins, Architekten wie Baugewerken, Gelegenheit geboten werden muss, sich über dieselbe mit einer der Wichtigkeit der Sache entsprechenden Gründlichkeit auszusprechen.

— „Es ist eine gute, vom Fortschreiten politischer Bildung zeugende Sitte der neuen Zeit, in Aussicht stehende Gesetze vor ihrem Erscheinen öffentlich zu besprechen. Jene lange Periode liegt glücklich hinter uns, während welcher

die wichtigsten Gesetze im Geheimen von Beamten gemacht wurden und die Zensur kaum eine nachträgliche Kritik gestattete. Neue Gesetze sollen der Ausdruck klar erkannter Bedürfnisse sein, sie sollen im Leben des Volkes und nicht in den Studirstuben wurzeln, und dies ist nur zu erreichen, wenn man dem Volke vollste Gelegenheit giebt, sich mit seinen Erfahrungen und Wünschen an der Ausarbeitung der Gesetze zu betheiligen“, so lautet eine Aeusserung, mit der in diesen Tagen eine Studie über die „Bankfrage“ eingeleitet wurde, und vielfach haben entsprechende Vorgänge der letzten Jahre, bei denen die Initiative zu einer Befragung der sachverständigen Kreise sogar von den höchsten Staatsbehörden ausging, eine derartige Auffassung bestätigt. Ja es liegt in diesem Falle sogar die merkwürdige Thatsache vor, dass die zur Vertretung der wissenschaftlich-bautechnischen Kreise Berlins in erster Linie berufene Körperschaft, der Architekten-Verein, bereits zu einer Zeit, wo man in offiziellen Sphären über derartige Dinge noch ganz anders dachte, zu einer gutachtlichen Aeusserung in der betreffenden Frage aufgefordert wurde und auf die Gestaltung der Berliner Baupolizei-Ordnung vom 21. April 1853 einen wesentlichen Einfluss gewonnen hat, während ihm jede Möglichkeit, an der gegenwärtigen Reform derselben Antheil zu nehmen, abgeschnitten wird.

Damals war die Aufforderung zu einer Mitwirkung bei Berathung der Baupolizei-Ordnung dem Architekten-Verein direkt durch das Königliche Ministerium für Handel etc. geworden, während jetzt einzig und allein die erwähnte Publikation des Berliner Magistrats Gelegenheit giebt, spätestens bis zum 1. Oktober cr. überhaupt noch „Bemerkungen, Bedenken und Andeutungen“ — von Einwendungen und wissenschaftlichen Gegenansichten ist keine Rede — laut werden zu lassen.

Das einleitende Schreiben des Magistrats vom 9. September ist zu charakteristisch, als dass wir uns seine Wiedergabe hier versagen könnten.

„Eine Revision der jetzigen Bauordnung hat sich schon seit Jahren als ein dringendes Bedürfniss herausgestellt und ist denn auch vom Königlichen Polizei-Präsidium der unten abgedruckte Entwurf zu einer neuen Bauordnung ausgearbeitet und dem Magistrat zur Aeusserung vorgelegt worden. So sehr die Nothwendigkeit einer solchen Revision anerkannt werden muss, ebenso geboten erscheint es, diese für die weitere Entwicklung unserer Stadt wichtige Angelegenheit nach allen Seiten hin einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen. Zur Erleichterung und Förderung der von dem Magistrat angeordneten Vorberathung kann es daher nur beitragen, wenn alle diejenigen, welche ein Interesse zur Sache haben, ihre Bemerkungen, Bedenken und Andeutungen über den Entwurf oder einzelne Abschnitte und Bestimmungen desselben möglichst bald, spätestens bis zum 1. Oktober cr., an den Magistrat gelangen lassen, damit dieselben bei den Berathungen in Erwägung gezogen werden können.

Berlin, den 9. September 1871.

Magistrat hiesiger Königlich Haupt- und Residenzstadt.
gez. Seydel.“

Also zur „Erleichterung und Förderung“ der vom Magistrat als nothwendig erkannten „gründlichen Prüfung“ ist den Interessenten die Konzession gemacht, vom 17. September Mittags, zu welcher Zeit das Kommunalblatt in unsere Hände kam, bis zum 30. September Abends, also in 13½ Tagen, ihrerseits ein Opus gründlich zu prüfen, dessen Umfang, nebenbei bemerkt, nicht weniger als 14 eng gedruckte Folioseiten des Kommunalblattes einnimmt. Eine Frist, die

unter den zufälligen Verhältnissen kaum hinreichen würde, den Gegenstand auf die Tagesordnung des Architektenvereins zu bringen und die Wahl einer vorbereitenden Kommission vorzunehmen, geschweige denn die Kommissionsberathungen und Plenar-Verhandlungen ins Werk zu setzen, die zur flüchtigsten Behandlung der Sache nothwendig wären. In keiner besseren Lage werden sich die Vertreter des Bauwerks befinden, die sicherlich nicht minder berechtigt sind, ihre Ansicht in dieser Sache zu äussern, und ebenso unmöglich ist es schliesslich der Presse, die Angelegenheit in solcher Hast zu erörtern.

Es sei jedoch fern von uns, hieraus einen Vorwurf gegen den Magistrat zu erheben, dem man im Gegentheil noch Dank schuldig sein muss, dass er den Entwurf veröffentlicht und einen Versuch gemacht hat, eine Aeusserung der öffentlichen Meinung hervorzurufen; wenn er nicht zufällig ein Kommunalblatt besässe, würde wohl auch dies unterblieben sein. Offenbar ist ihm der Termin des 1. Oktober vom Polizei-Präsidium gesetzt worden, und da der Entwurf der neuen Bauordnung vom 2. Juni, die Bekanntmachung des Magistrats vom 9. September datirt, so scheint mit Berücksichtigung der üblichen Verschleppung in den Bureaux die eigentliche Verschuldung lediglich auf Seite des Polizei-Präsidiums zu liegen. Eine Verschuldung allerdings nur in jenem Sinne, dass durch das Verfahren desselben gegen den Geist der Zeit und die rationelle Zweckmässigkeit gesündigt worden ist, während es nach dem Gesetze vom 11. März 1850 formell durchaus in seinem Rechte ist. Denn hiernach hat eine Landes-Polizei-Behörde in Preussen, wenn sie eine neue lokale Bauordnung erlassen will, nichts Anderes nöthig, als vorher die Vertretung der Gemeinde „anzuhören“, während sie nach der bisher durchgeführten Praxis keineswegs verpflichtet ist, nach dieser Aeusserung zu handeln und noch weniger eine Verpflichtung besitzt, sich um die Stimme der Interessenten zu kümmern.

Jene moralische Verpflichtung, welche die gegenwärtig übliche Auffassung und Behandlung derartiger Fragen einer so verantwortungsvollen Behörde auferlegt, in zweiter Linie jene moralische Verpflichtung, welche die bautechnischen Beiräthe derselben, in deren Hand unzweifelhaft die Disposition der Angelegenheit doch vorzugsweise gelegen hat, ihren Fachgenossen schulden, dünken uns trotzallem gross genug, um hieraus für die Bautechniker Berlins ein Recht abzuleiten, bei endgültiger Fixirung der haupolizeilichen Bestimmungen, d. h. des äusseren Rahmens, innerhalb dessen sich ihre gesammte Thätigkeit zu entfalten hat, einen Einfluss auszuüben. Ja es scheint uns dieses Recht noch zweifelloser zu sein als dasjenige, welches dem Juristentage oder

dem volkswirtschaftlichen Kongresse schon mehrfach von maassgebender Stelle in Bezug auf Fragen eingeräumt worden ist, die das Lebensinteresse seiner einzelnen Mitglieder bei Weitem nicht so tief berühren. Wir halten es für geboten, dass alle Fachgenossen für dasselbe und gegen das Unfehlbarkeitsprinzip, das sich in solchen einseitigen Erlassen einer einzelnen Behörde Geltung zu verschaffen sucht, mit vereinten Kräften eintreten.

In letzter Linie ist es ja nicht das Prinzip allein und sind es nicht blos die Interessen der Berliner Bautechniker, die hier ins Spiel kommen. Die alte Bau-Polizei-Ordnung ist mittels Reskript des Handelsministers vom 6. Oktober 1853 (M.-Bl. 243) den sämtlichen Regierungen als Muster für etwa zu erlassende Bau-Polizei-Ordnungen mitgetheilt, so dass ihre Bestimmungen und Ergänzungen auch für Behörden anderer Städte zwar nicht maassgebend, so doch von entschiedener Bedeutung geworden sind und thatsächlich den meisten ähnlichen Verordnungen in Preussischen Städten zu Grunde liegen. Unzweifelhaft wird ein ähnliches Reskript nach Erlass der neuen Bauordnung auch in Beziehung auf diese ergehen und dürfte ihr Beispiel nicht minder einflussreich werden als dies früher der Fall war. Anscheinend haben sogar die meisten hierfür in Frage kommenden Lokal-Instanzen die Veröffentlichung der neuen Berliner Bauordnung abgewartet, um sich die ihnen obliegende Arbeit mit Benutzung derselben leichter zu machen.

Liegt uns nach diesen Erörterungen nunmehr die Pflicht ob, auf die Frage zu antworten, was wir bei der thatsächlichen Lage der Verhältnisse vorschlagen, um dem Rechte der grossen Fachgenossenschaft Geltung zu verschaffen, so dünkt uns in erster Linie Seitens der Bautechniker Berlins ein einmüthiger Protest gegen das bei Aufstellung des Entwurfs zur neuen Bauordnung eingeschlagene Verfahren nothwendig. Dieser Protest würde den geeignetsten Ausdruck finden in einer Beschwerde an das Königliche Handelsministerium, dessen sachliche oder persönliche Uebereinstimmung mit den in dieser Frage vertretenen Anschauungen des Polizei-Präsidiums sich bisher in keiner Weise kundgegeben hat. Es würde in dieser Beschwerde zu beantragen sein, dass die zum 1. Januar 1872 unvermeidliche Aenderung der bisherigen Baupolizei-Ordnung sich lediglich auf eine Uebertragung der nach dem Fussmaasse bestimmten Maassangaben in das metrische System zu beschränken habe*),

*) Das Polizei-Präsidium hat selbst schon gefühlt, dass es mit einigen seiner Aenderungen doch etwas zu spät hervorgetreten ist. In einigen sehr wichtigen Punkten, z. B. in Betreff des unbebaut zu lassenden Hofraums (§ 28), der Entfernung der Gebäude von der nachbarlichen Grenze (§ 29), der Entfernung der Umfassungswände von einander auf demselben Grundstück (§ 30), den Durchfahrten

Die Reise des Berliner Architekten-Vereins nach Schwerin, Lübeck und Hamburg am 26. bis 31. August 1871.

(Schluss.)

Einen wesentlich veränderten Schauplatz, dessen Charakter zu dem der vorher besuchten Städte, namentlich zu dem Lübecks, einen Gegensatz bildet, wie er kaum stärker gedacht werden kann, betrat die Reisegesellschaft zum Schlusse ihres Ausflugs in Hamburg.

Es ist etwas Eigenes um das Leben und Treiben eines Welthandelsplatzes von diesem Range, des bedeutendsten bekanntlich auf dem europäischen Kontinente, das einen jeden Fremden, und nicht in letzter Linie den Fachgenossen, auch bei wiederholtem Besuche fesselt und anzieht. Das unruhige Wogen und Fluten des Verkehrs, das Hasten und Drängen nach Erfolg und Gewinn, das Rechnen und Wägen, unter dessen Einfluss fast jede Berufsarbeit den Charakter des Geschäfts annehmen muss: sie sind einer stillen Pflege der Wissenschaft, der sinnigen Arbeit des Künstlers verhältnissmässig allerdings nicht allzu günstig und die Erinnerungen der Vergangenheit, an denen Lübeck so reich ist, haben sich vor den gebieterischen Forderungen der Gegenwart hier nur in geringem Maasse zu behaupten vermocht. Aber andererseits liegt doch etwas Gewaltiges und Grossartiges in dieser rastlosen Thätigkeit und die stolzen Erscheinungen, die sie in ununterbrochener Folge ins Leben ruft, werden stets zur Bewunderung und Anerkennung herausfordern. Gilt dies zunächst von der Technik, der unter solchen Verhältnissen ein Feld sich bietet, auf dem sie in glänzendster Weise sich entfalten konnte, und tritt ihr gegenüber die Kunst in die zweite Stelle zurück, so ermangelt doch diese ebensowenig der Aufgaben, und mit herzlicher Freude muss es anerkannt werden, dass unter ihren Vertretern sich auch Männer finden,

die wider die Ungunst der Strömung für eine ideale Auffassung derselben, für ihr Recht gegen die Laune und Mode kämpfen.

Bei einer solchen Fülle von Aufgaben und bei einer so regen Bauthätigkeit ist die Zahl der Architekten und Ingenieure Hamburgs selbstverständlich eine sehr bedeutende und keinem der Leser wird es unbekannt sein, dass unter denselben ein „Architektonischer Verein“ besteht, der in voller Blüthe sich befindet und seinen Leistungen nach Anspruch auf eine der ersten Stellen in Deutschland erheben darf. Seine Beziehungen zu unserm Berliner Vereine sind trotz der erbitterten Fehde, die sich um das Normalziegel-Format zwischen ihnen entsponnen hat und die noch immer des Vergleiches harret, die freundlichsten und besten und werden hoffentlich noch engere werden; denn in der That sind kaum zwei andere fachgenossenschaftliche Vereine Deutschlands so darauf angewiesen in den wichtigsten und entscheidendsten Fragen Hand in Hand mit einander zu arbeiten, als diejenigen der beiden grössten Städte des Reiches. Es war daher auch hier eine einfache Konsequenz der Verhältnisse, dass der Architektonische Verein um die in Hamburg geradezu unentbehrliche Leitung und Führung der Berliner Reisegesellschaft ersucht worden war und diese Fürsorge in freundlichster Weise übernommen hatte. Die werthvolle und im hohen Grade erwünschte Gabe, mit welchem er seine Gäste begrüsst, bestand in einem eigens für diesen Zweck gefertigten, in 3 Farben gedruckten Plane von Hamburg und seiner Umgebung, in welchem die neuesten baulichen Veränderungen und Schöpfungen, mit besonderer Berücksichtigung derjenigen, welchen ein Besuch bevorstand, Aufnahme gefunden hatten.

Das Programm für die Exkursionen, welche am Morgen des 29. August unter Theilnahme einer grossen, während des Tags in ihrer Zusammensetzung vielfach wechselnden Zahl der Hamburger Fachgenossen begannen, war mit bewunderungswürdiger Berücksichtigung der Verhältnisse auf-

während der Seitens des Königlichen Polizei-Präsidiums ausgearbeitete Entwurf der neuen Bauordnung, für deren Einführung ein um mindestens Jahresfrist späterer Termin in Aussicht zu nehmen wäre, sofort der Berathung im Kreise der Fachinteressenten, sowie der Besprechung des grösseren Publikums unterstellt werden müsste. —

In wie weit wir mit diesen Vorschlägen den Anschauungen der hierbei in erster Linie zum Handeln berufenen Fachgenossen entgegengekommen sind, müssen wir dem Erfolge überlassen, ohne uns in dieser Beziehung allzu günstigen Illusionen hingeben zu wollen. Jedenfalls glauben wir unsrerseits gethan zu haben, was in unserer Macht stand, und wollen wir es nicht unterlassen sofort auch mit einer weiteren Besprechung des Entwurfs zur neuen Bauordnung zu beginnen. Es ist jedoch selbstverständlich erforderlich, dass wir zuvor den Inhalt desselben, wenn auch unter möglichster Kürzung und Beschränkung auf das Wichtigste, mittheilen. Die grosse Bedeutung der Sache, die zweifellos auf das hervorragende Interesse aller Leser rechnen darf, wird es rechtfertigen, dass wir derselben einen ungewöhnlichen Raum widmen.

Bau-Ordnung für die Stadt Berlin vom 2. Juni 1871.

Auf Grund der §§. 5., 6. und 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung S. 265) und im Hinweis auf die §§. 330. u. 367. No. 14. u. 15. des Straf-Gesetzbuchs für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 (B. G. S. 195) verordnet das Polizei-Präsidium nach Berathung mit dem Gemeinde-Vorstand für den engeren Polizei-Bezirk von Berlin, was folgt.

Erster Abschnitt: Bau-Erlaubniss.

§. 1. Bauten, zu welchen eine Erlaubniss erforderlich ist. Zu jedem Neubau, zur Anlegung, Pflasterung und Entwässerung der Strassen, sowie zu jeder Veränderung einer baulichen Anlage ist polizeiliche Erlaubniss erforderlich. Ebenso zu allen Anlagen an, in, auf und über dem Wasser, sowie zu jeder Erweiterung oder sonstigen Veränderung schon vorhandener Anlagen dieser Art, ferner zum Abbruch von Gebäuden, zur Reparatur solcher Baulichkeiten, welcher dieser Bau-Ordnung nicht entsprechen, und zu allen baulichen und Pflasterungs-Arbeiten auf dem Strassendam und auf den Bürgersteigen. Ausgenommen hiervon sind nur: 1) die Abtragung oder Ausführung von unbelasteten, nicht an der Strasse befindlichen Wänden; 2) die Anlage und Veränderung von Thür- und Fenster-Oeffnungen, soweit dieselben nicht durch diese Bau-Ordnung verboten sind, mit Ausnahme von Thüren und Fenstern

von der Strasse (§ 38) und zwischen den Höfen (§ 39) sind neue Bestimmungen gegeben, deren Wirksamkeit erst mit dem 1. Januar 1875 eintreten soll. Dieser Termin ist natürlich viel zu weit angesetzt, um von dem jetzigen Standpunkte aus dafür Gesetze zu diktiren. Der zwölfte Wechsel innerhalb dreier Jahre ist auch keineswegs geeignet, um Sicherheit und Stabilität in den Verhältnissen des Grund und Bodens, deren er so sehr bedarf, herbeizuführen.

an der Strasse; 3) die Deckung der Dächer; 4) alle Gegenstände des inneren Ausbaues mit Ausnahme neuer Feuerungen und der Erneuerung solcher, welche den Bestimmungen dieser Bau-Ordnung nicht entsprechen; 5) die Errichtung und Veränderung von Grenzzäunen, welche nicht an einer Strasse liegen; 6) die Brunnen, mit Ausnahme derjenigen, welche zur Fundirung dienen; 7) die Umpflasterungen, welche Seitens der königlichen oder städtischen Behörden erfolgen. Für die Reparatur des Pflasters und baulicher Anlagen auf Strassendam und Bürgersteigen mit Ausnahme solcher, welche dieser Bau-Ordnung nicht entsprechen, bedarf es nur einer schriftlichen Anzeige an das betreffende Polizei-Revier spätestens 24 Stunden vor dem Beginn dieser Arbeiten. — Auch die Herstellung der Baugruben ist ein Theil der Ausführung, welche vor erhaltener Bau-Erlaubniss nicht beginnen darf. — Die Bau-Erlaubniss ist in allen Fällen erforderlich, auch wenn der Bau nicht durch den freien Entschluss des Bauherrn veranlasst ist.

§. 2. Landespolizeiliche Genehmigung gewerblicher Anlagen. — §. 3. Polizeiliche Erlaubniss anderer gewerblicher Anlagen.

§. 4. Antrag auf Bau-Erlaubniss. Der Antrag auf Bau-Erlaubniss ist schriftlich an das Königliche Polizei-Präsidium zu richten und auf dem Bureau desjenigen Polizei-Reviers abzugeben, in welchem der Bau ausgeführt werden soll. Derselbe muss: 1) eine genaue und vollständige Angabe der beabsichtigten Bau-Ausführung enthalten (hat das betreffende Grundstück noch keine Strassen-Nummer, so ist die Hypotheken-Nummer anzugeben); 2) den Bauherrn; 3) die für die Ausführung verantwortlichen Personen bezeichnen und von diesen, wie von dem Bauherrn zur Anerkennung unterschrieben sein.

§. 5. Bauzeichnungen und Anlagen. Dem Antrag sind die zur Erläuterung und Prüfung desselben erforderlichen Bauzeichnungen, Situationspläne und Beschreibungen, mit gleicher Unterschrift versehen, in doppelten Exemplaren beizufügen. Die Bauzeichnungen müssen auf dauerhaftem Zeichenpapier oder Zeichenleinwand nach einem Maasstab von mindestens 1:100 angefertigt und kolorirt sein. Situationspläne und Bauzeichnungen sehr ausgedehnter Anlagen können auch in kleinerem Maasstabe gezeichnet werden, für Detailzeichnungen ist ein grösserer Maasstab erforderlich. In allen Fällen müssen diese Vorlagen nach dem Ermessen des Polizei-Präsidiums ausreichende Deutlichkeit gewähren. In den Zeichnungen müssen die wesentlichsten Maasse, namentlich des Grundstückes, die Strassen- und Bürgersteigsbreite, die Entfernung der Gebäude von der Strasse, von einander und von der nachbarlichen Grenze, die Länge, Breite und Höhe der Gebäude, wie der einzelnen Geschosse, die Stärke der Wände und Pfeiler, der Balken und aller wichtigen Konstruktionstheile in Zahlen eingeschrieben sein. Unrichtige Zeichnungen sind strafbar, eine auf dieselben ertheilte Bau-Erlaubniss kann zu jeder Zeit zurückgenommen, die Ausführung der betreffenden Bauten untersagt und die Abtragung des bereits Ausgeführten vom Polizei-Präsidium veranlasst werden.

§. 6. Vereidete Feldmesser. Wenn das Polizei-Präsidium es für erforderlich erachtet, müssen die Situationspläne

gestellt worden. Denn da vorauszusehen war, dass nicht wenige der Besucher, einem höheren Zwange folgend, nur einen Tag auf den Aufenthalt in Hamburg würden verwenden können, da ferner die geringe Gesamtzahl und die Rücksicht auf die Bedeutung der Reise als einer Vereinsreise eine Theilung der Gesellschaft nach ihren Spezial-Interessen für diesen Tag nicht wünschenswerth machte, so war unseren freundlichen Führern die schwierige Aufgabe geworden, in den Rahmen eines einzigen Tages und in die Reihenfolge einer zusammenhängenden Wanderung eine möglichst grosse Zahl von Sehenswürdigkeiten zusammenzudrängen, die in ihrer Gesamtheit vorzugsweise sich eigneten ein Bild der Stadt und ihrer Umgebung, ein Bild ihres Handels und Wandels, ein Bild endlich von dem Umfange und den charakteristischen Eigenthümlichkeiten ihres technischen und architektonischen Schaffens zu geben. Sie haben diese Aufgabe in einer Weise gelöst, für welche ihre Gäste, denen der Eindruck dieses Bildes dauerndes Besitzthum bleiben wird, ihnen nicht dankbar genug sein können.

Das Haus der Patriotischen Gesellschaft, in welchem der Architektonische Verein nicht allein ein höchst behagliches Versammlungslokal, sondern zugleich Antheil an einer Kneipe besitzt, um welche wir ihn billig beneiden dürfen, gab einen passenden Ausgangspunkt ab; für die rechtzeitig erschienenen Reisegefährten fand sich während der Sammelzeit erwünschte Gelegenheit, unter der Führung Ortskundiger die nächstliegenden Stadtviertel zu durchstreifen und sich an den male- rischen Bildern des alten Hamburg, welche dieselben in so reicher Zahl gewähren, zu erfreuen. Die zu voller Zahl angewachsene Gesellschaft besuchte sodann zunächst die Brandstwieten, ehemals eine schmale Passage, die als eine Hauptlebensader des Verkehrs vom Hafen nach der Oberstadt, welcher namentlich nach der Eröffnung des Venlo-Hamburger Bahnhofes eine immense Bedeutung bevorsteht, neuerdings zu ansehnlicher Breite erweitert ist. Es hat dieses Unternehmen zu einer Anzahl bemerkenswerther Neubauten

Veranlassung gegeben, unter welchen eine von F. Andr. Meyer ausgeführte Fleetbrücke, vor Allem aber eine Häusergruppe interessant ist, bei welcher vier verschiedene Hamburger Architekten, die Hrn. Hallier, Hauers, Hugo Stammann und Stuhlmann ihre Kräfte neben einander an Aufgaben gemessen haben, die sowohl nach der Bestimmung und nach dem Maasstabe der Gebäude, wie nach der Technik ihrer Ausführung (im Backsteinrohbau) parallel sind und daher eine bequeme Gelegenheit zu Vergleichen bieten; den Preis unter denselben muss wohl Jeder dem von Hauers erbauten Eckhause zuerkennen, das die für eine deutsche Handelsstadt historische Kombination von Wohnhaus und Speicher in neuer und anziehender Weise gelöst hat.

Doch der dem Verfasser zugemessene Raum erlaubt es leider nicht, auf Details einzugehen. So sei denn in aller Kürze referirt, dass zunächst das Oberthor der neuen Brookthorschleuse, alsdann die Drehbrücke des Venloer Bahnhofes gesehen wurden, welche beide zu Ehren der Gäste und zu glänzender Erprobung ihres leichten Ganges in Bewegung gesetzt wurden. Am Ufer des künftigen Magdeburger Hafens wurde die Fundirung des Quais, welche nach der vom Wasserbaudirektor Dalmann angegebenen, nun schon seit Jahren erprobten und bewährten Methode durch Senkung vier-eckiger Brunnen erfolgt, sodann das im Rohbau fast vollendete Empfangsgebäude des Bahnhofes, eine im Maasstabe und der Disposition den neuen Berliner Bauten derselben Art verwandte Anlage, besichtigt. Nach einer Wanderung über das der Elbe abgerungene Terrain des Aussenbahnhofes — eine Leistung, deren Bedeutung man erst würdigt, wenn man die neugeschaffene Situation mit einem älteren Plane vergleicht, bildete endlich der Besuch der Brücke über die Norderelbe den instruktivsten und effektivsten Abschluss dieses ersten Theils der Exkursionen, instruktiv namentlich auch dadurch, dass die drei Hauptfelder der Brücke drei verschiedene Baustadien zeigten, da eines derselben vollendet, bei dem zweiten die Eisenkonstruktion, bei dem dritten das hölzerne Hilfs-

nach vorgeschriebenem Maasstab und von einem vereideten Feldmesser angefertigt oder bescheinigt sein.

§ 7. Geprüfte Baumeister. Ebenso kann vom Polizei-Präsidium verlangt werden, dass die ganze oder theilweise Ausführung eines Baues von einem geprüften Baumeister verantwortlich übernommen wird.

§ 8. Eisenkonstruktion. Für Eisenkonstruktionen für ungewöhnliche Bauten oder auch sonst auf Erfordern, sind dem Antrag auf Bau-Erlaubniss Detailzeichnungen und ein durch Berechnung begründeter Nachweis ausreichender Sicherheit beizufügen.

§ 9. Form der Bau-Erlaubniss, Gültigkeit. Die Bau-Erlaubniss wird schriftlich unter Rückgabe eines Exemplares der mit Genehmigungs-Vermerk versehenen Zeichnungen und Beschreibungen ertheilt. Die Bau-Erlaubniss betrifft nur die polizeiliche Zulässigkeit eines Baues und erfolgt unbeschadet aller Rechte dritter Personen. Dieselbe verliert ihre Gültigkeit, sobald innerhalb Jahresfrist, vom Tage der Aushändigung ab, mit dem Bau nicht begonnen ist. Auf besonderen Antrag ist die Prolongation der Bau-Erlaubniss durch das Polizei-Präsidium zulässig. Die Uebertragung der Bau-Erlaubniss an einen anderen Bauherrn ist gestattet; doch muss von jedem solchen Wechsel dem Polizei-Präsidium schriftliche Anzeige gemacht werden, welche sowohl von dem bisherigen, wie von dem neuen Bauherrn zu unterschreiben ist.

§ 10. Staats-Bauten. Für die von Staats-Behörden auszuführenden Bauten bedarf es einer baupolizeilichen Erlaubniss nicht; die betreffenden Bauzeichnungen müssen aber vor dem Beginn des Baues in doppelten Exemplaren dem Polizei-Präsidium mitgetheilt werden, und wird das eine Exemplar mit dem Visum des Polizei-Präsidiums und mit der Angabe der etwa nach der Bau-Ordnung oder sonst erforderlichen Aenderungen oder Bemerkungen zurückgegeben.

Zweiter Abschnitt. Vorschriften hinsichtlich der Strassen und Plätze und aus Rücksichten des öffentlichen Verkehrs.

§ 11. Lage der Grundstücke zur Strasse. Die Bebauung erfolgt in der Regel längs der Bauflucht mit Vorderhäusern und zugehörigen Hintergebäuden. Ueber Ausnahmen entscheidet in jedem einzelnen Falle das Polizei-Präsidium.

§ 12. Bauflucht. Die Bauflucht für Gebäude und bauliche Anlagen an den Strassen und Plätzen, sowie am Wasser wird vom Polizei-Präsidium bestimmt. Wo eine örtliche Angabe nach dem Ermessen des Polizei-Präsidii erforderlich ist, erfolgt diese auf Kosten des Bauherrn durch einen vom Polizei-Präsidium beauftragten Techniker. Gebäude an der Strasse müssen in der vorgeschriebenen Bauflucht stehen. Ueberschreitungen derselben haben, wenn es das öffentliche Interesse bedingt, die Inhabirung und Beseitigung eines bereits begonnenen Baues zur Folge. Ebenso dürfen Gebäude oder Einfriedigungen hinter die festgesetzte Bauflucht nur dann zurücktreten, oder es darf an derselben nur dann ein Theil des Grundstückes unbebaut bleiben, wenn die Bedingungen erfüllt werden, unter welchen das Polizei-Präsidium dies für zulässig erachtet.

§ 13. Höhenlage etc.

§ 14. Vorgärten. Das zwischen den Baufluchten und den Bürgersteigen liegende Vorgartenland ist entweder in der festgesetzten Vorgartenflucht gitterartig nach Vorschrift des Polizei-Präsidiums einzufriedigen und mit Gartenanlagen zu versehen, oder zur Verbreiterung des Bürgersteiges frei zu legen und wie dieser zu befestigen. Alle Bestimmungen, welche die Herstellung und Sicherung der Bürgersteige betreffen, gelten auch für freigelegtes Vorgartenland. Vorgartengitter an der Strasse dürfen durchlaufende Sockel über 1,5^m hoch nicht erhalten. Mauern und nicht durchbrochene Scheidungen über 2^m hoch sind in Vorgärten überhaupt nicht zulässig. Die Benutzung des Vorgartenlandes, mag dasselbe eingefriedigt sein oder nicht, zu gewerblichen Zwecken unterliegt der polizeilichen Genehmigung.

§ 15. Vorbauten. Vorbauten und bauliche Anlagen jeder Art, welche über die festgesetzte Bauflucht vortreten, sind nur statthaft, wenn nach dem Ermessen des Polizei-Präsidiums keine Bedenken entgegenstehen.

§ 16. Vorbauten auf Bürgersteigen. An Bürgersteigen bis 3^m breit dürfen ohne besondere Erlaubniss des Polizei-Präsidiums Stufen an Haus- oder Ladeneingängen, durchgehende Plinthen und Sockel, Risalite mit ihren Plinthen und Sockeln, sowie Schaufenster, Schutzvorrichtungen vor Schau- und Kellerfenstern, Portale, Pfeiler, Vorspinde, Kellereingänge und ähnliche Vorlagen vor die Bauflucht nicht vortreten. Sollen dergleichen ausgeführt werden, so müssen die am weitesten vortretenden Theile in der Bauflucht liegen. An Bürgersteigen, welche mehr als 3^m breit sind, können dergleichen Vorlagen in den am meisten vorspringenden Theilen bis 30^{cm} über die Bauflucht vortreten. Es muss jedoch eine Breite des Bürgersteiges von 3^m durchaus frei bleiben. An Bürgersteigen von mindestens 6^m Breite können Risalite, Portale und andere massive Vorbauten bis 1^m über die Bauflucht vortreten. Die gesammte Länge derartiger über 30^{cm} vortretender Vorbauten darf aber ein Drittel der Frontlänge eines Gebäudes in der Regel nicht überschreiten.

§ 17. Vorbauten an den Stockwerken. In Strassen von 12^m und geringerer Breite sind Vorbauten auch vor den Stockwerken unstatthaft. An Strassen, welche über 12^m breit sind, können Balkons, Erker und dergleichen vor den Stockwerken bis 1,3^m über die Bauflucht vortreten. Unter denselben muss aber, wenn sie nicht über abgeschlossenen Vorgärten liegen, ein mindestens 3^m hoher, freier Durchgang verbleiben.

§ 18. Vorbauten im Vorgartenland. Innerhalb des im Privatbesitz befindlichen Vorgartenlandes dürfen Altane, Balkons, Erker, Freitreppen, Terrassen und andere bauliche Anlagen bis auf den dritten Theil der festgesetzten Vorgartentiefe, aber nicht mehr als 2,5^m vor die Bauflucht vortreten. Ausnahmen hiervon sind nur nach dem Ermessen des Polizei-Präsidiums zulässig. Die Ausführung derartiger Vorbauten muss massiv oder in Eisen erfolgen.

§ 19. Vorbauten an der nachbarlichen Grenze. Von den nachbarlichen Grenzen müssen alle Vorbauten an der Strasse, welche mehr als 30^{cm} vor die Bauflucht vortreten, mindestens um das 1½-fache des an jeder Stelle stattfindenden Vorsprunges

gerüst in Aufstellung begriffen war. Zu einem Urtheile über den konstruktiven Werth des Brücken-Systems, das hier durch den Regierungs- und Baurath Lohse, den Schöpfer der zuletzt genannten grossartigen Anlagen, zur Anwendung gebracht ist und unseres Wissens von manchen Seiten angegriffen wird, ist der Verfasser nicht kompetent; um ein Urtheil über die ästhetische Wirkung der Brücke in der Landschaft zu gewinnen, worauf ja neuerdings in erfreulicher Weise ein immer grösserer Werth gelegt wird, ist die Bauausführung noch nicht weit genug vorgeschritten. Wenn dieselbe in dieser Beziehung das berühmte Meisterwerk Lohse's, die Koblenzer Rheinbrücke, auch wohl nicht erreichen kann, so ist indessen wohl nicht zu bezweifeln, dass sie derjenigen anderer Systeme weitaus überlegen sein wird.

Für den zweiten Theil der Exkursionen, welcher die Gäste in die volle Mitte des für Hamburg in erster Linie charakteristischen und für den Binnenländer interessanten Strom- und Hafenlebens führen sollte, lag unterhalb der Elbbrücke ein Dampfboot bereit, dem die Gesellschaft nunmehr durch volle 5 Stunden sich anvertraute und dessen Benutzung allein es ermöglichte, so Vieles und verhältnissmässig mit so geringen Anstrengungen zu sehen. Das erste Ziel der Fahrt war der durch die Dalmann'sche Publikation in der Z. f. Bws. und zahlreiche frühere Berichte wohl jedem Techniker bekannt gewordene Sandthorhafen, dessen Einrichtungen allerdings wie nichts Anderes geeignet sind, die Grossartigkeit des Hamburger Hafenverkehrs und die Vollendung der Hilfsmittel, welche demselben gegenwärtig Seitens der Technik geboten werden, zu zeigen. Am Sandthorquai, der seit mehreren Jahren vollendeten Stadtseite des Hafens, dessen Stromseite (der Kaiserquai) noch im Bau begriffen ist, wurde ausgestiegen und der Quaietrieb, den die eleganten Dampfkräne zu einem anscheinenden Spielwerk machen, in Augenschein genommen. Dann ging die Fahrt vom Unterhaupt der Broockthorschleuse nach dem gegenüberliegenden Elbufer zum kleinen Grasbrook, wo die Godefroy'sche Reiherstieg-Schiffswerft mit

ihrem Riesenkrann und das Dry-Dock der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, sammt der in demselben gedockten Cimbria, einem der grössten und schönsten Boote der Gesellschaft, besehen und bewundert wurden; — letzteres übrigens zufälliger Weise dasselbe Fahrzeug, das auch 1868 den Besuchern der grossen Wanderversammlung gastlich seine Räume geöffnet hatte.

Wurde die Fülle des bisher Gesehenen und die Anstrengung, die eine auch noch so flüchtige Würdigung desselben in seiner technischen Bedeutung erforderte, schliesslich doch wohl etwas ermüdend, so gab die Elbfahrt durch den Niederhafen, die sich demnächst anschloss, eine desto willkommene Gelegenheit zu ruhiger Erholung. Wie unsere Reisegesellschaft fast in jeder Beziehung vom Glück begünstigt wurde, so wurde ihr es auch hier zu Theil, den Hafen von einer so grossen Zahl von Schiffen belebt und daher so glänzend zu sehen, wie dies sonst wohl selten der Fall, bei dem Aufschwunge Hamburgs nach dem letzten Kriege hoffentlich aber nur die Verkündigung einer noch glänzenderen Zukunft ist. An St. Pauli, Altona und den hohen, schönbewaldeten, villenbesäten Nordufern der Elbe vorüber ging die Fahrt bis Blankenese, wo auf der Höhe des Fährhauses eine kurze Rast und der entzückende Blick über die weite Elbniederung genossen wurde, von dort zurück nach St. Pauli.

Auf einem anderen Wege, der wiederum andere und charakteristische Theile Hamburg's erschloss, zunächst durch den bei Gelegenheit der Gartenbau-Ausstellung von 1869 im Terrain der alten Umwallung geschaffenen Park, wurde die Gesellschaft noch zu den beiden bedeutendsten Monumentalbauten des neueren Hamburg's, der Scott'schen Nikolaikirche und der Börse geführt, ehe sie an der Glanzstelle des Hamburger Gebiets, am Jungfernstieg auf einem der kleinen Alster-Dampfer sich einschiffte, um nächst einer Kenntniss des arbeitenden und schaffenden Hamburg's auch Kenntniss von den Stätten seiner Muse und seiner Erholung zu gewinnen. Der Verfasser verzichtet darauf, auf jene beiden Bauten des

entfernt bleiben. Auf Bürgersteigen dürfen an der nachbarlichen Grenze nirgends Winkel über 30^m tief entstehen.

§. 20. Länge geschlossener Vorbauten. Geschlossene oder überdeckte Vorbauten an der Strasse dürfen in der Regel nicht über ein Drittel der Frontlänge lang sein, und wo deren mehr an einem Vorderhaus ausgeführt werden, darf auch ihre gesammte Länge nicht über den dritten Theil der Frontlänge betragen.

§. 21. Oeffnungen in und an den Bürgersteigen. — §. 22. Gewerbebetrieb an der Strasse. — §. 23. Dachflächen an der Strasse und am Wasser. — §. 24. Einfriedigung an der Strasse. — §. 25. Herstellung und Unterhaltung der Bürgersteige. — §. 26. Bauliche Anlagen auf der Strasse. — §. 27. Entwässerungs-Anlagen. —

Dritter Abschnitt. Hofraum. Entfernung der Gebäude von der nachbarlichen Grenze und von einander.

§. 28.*) Hofraum. Auf jedem Grundstück muss bei der Bebauung ein freier unbedeckter Hofraum verbleiben, welcher auf mindestens 5,3^m Länge mindestens 5,3^m Breite hat. Bei Eckgrundstücken ist ein noch kleinerer Hofraum zulässig, aber nicht unter der bisherigen Hofgrösse. Als Hofraum gilt jeder unbebaute Theil hinter der Bauflucht eines Grundstückes.

§. 29.*) Entfernung der Gebäude von der nachbarlichen Grenze. Alle Gebäude müssen entweder hart an der nachbarlichen Grenze oder mindestens 2,5^m von derselben entfernt bleiben. Fenster- und Thüröffnungen müssen der nachbarlichen Grenze gegenüber wenigstens 5,3^m entfernt sein.

§. 30.*) Entfernung der Umfassungswände von einander auf demselben Grundstück. Auf demselben Grundstück müssen zwei einander gegenüber liegende Umfassungswände mit Oeffnungen mindestens 5,3^m von einander entfernt bleiben. Eine Entfernung bis auf 2,5^m ist vorbehaltlich der für den Hofraum erforderlichen Grösse statthaft, wenn eine dieser Umfassungswände unter 8^m lang ist. Unter 2,5^m dürfen Umfassungswände auf demselben Grundstück nur dann von einander entfernt sein, wenn dieselben beiderseitig ohne Oeffnungen sind. Ausnahmen sind nach der Bestimmung des Polizei-Präsidiums in einspringenden Winkeln und Lichthöfen oder in gebrochenen Fronten statthaft. Bei Wänden, welche schräg gegen einander, oder schräg gegen die nachbarliche Grenze laufen, gelten die vorstehenden Entfernungen für die Mitte der Oeffnungen.

§. 31. Bauten an Eisenbahnen. — §. 32. Rayon des Pulverlaboratoriums.

Vierter Abschnitt. Höhe der Gebäude.

§. 33. Allgemeine Bestimmungen. Die Höhe der Gebäude vom Pflaster bis zu Oberkante des Dachgesimses oder einer nicht durchbrochenen Aufmauerung über demselben gemessen (Fronthöhe) darf das Maass von 22^m nicht überschreiten. Ausnahmen hiervon sind nach dem Ermessen des Polizei-Präsidiums zulässig, wenn die Bestimmung der Gebäude eine grössere Höhe bedingt, sowie für öffentliche Gebäude.

§. 34. Gebäude an der Strasse. An der Strasse darf die Fronthöhe der Gebäude das Maass der Strassenbreite nicht übersteigen. Angenommen sind hiervon Gebäude an Strassen

unter 12^m Breite, für welche eine Fronthöhe von 12^m zulässig ist. Treten Gebäude hinter die Bauflucht zurück, so kann ihre Fronthöhe die Strassenbreite ebensoviel überschreiten. Für Eckgrundstücke ist das Maass der breiteren Strasse maassgebend, doch darf die Fronthöhe an der engeren Strasse höchstens auf 25^m Länge, von der Ecke ab gemessen, über die Strassenbreite hinausgehen. Für Gebäude, vor welchen die Strassenbreite wechselt, gilt die mittlere Breite.

§. 35. Hintergebäude. Hintergebäude dürfen die für ihre Vorderhäuser zulässige Höhe nur um soviel überschreiten, als die Länge des Hofraumes, an welchem sie liegen, dies Maass übersteigt. Ebenso darf die Länge von Hofräumen, an welchem Hintergebäude liegen, welche die an der Strasse zulässige Fronthöhe überschreiten, nur soweit durch spätere Bebauung eingeschränkt werden, dass sie der Fronthöhe der Hintergebäude mindestens gleichkommt.

§. 36. Ausnahmen. An Stelle älterer Gebäude können die neuen überall in derselben Höhe wieder aufgeführt werden.

§. 37. Mansarden, Dachfenster, Aufbauten etc. Ueber der zulässigen Fronthöhe dürfen die Dächer nicht steiler als 60 Grad sein. Giebelfenster, durchbrochene Ballustraden, Dach- und Mansardfenster oder ähnliche Bauten über jener Fronthöhe, sowie alle thurmartigen Aufbauten bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Polizei-Präsidiums. Die gesammte Breite solcher Dachfenster darf die halbe Dachlänge nicht überschreiten.

Fünfter Abschnitt. Durchfahrten.

§. 38.*) Von der Strasse. Grundstücke, auf denen sich nur Vordergebäude befinden, bedürfen keiner Durchfahrt; sind aber Seiten- oder Hintergebäude vorhanden, so muss bei einer bebauten Tiefe von mehr als 35^m, von der Front des Vorderhauses ab gerechnet, eine Durchfahrt nach dem Hofe vorhanden sein, welche in einer Breite von mindestens 2,2^m und in einer Höhe von mindestens 2,5^m den Durchgang beladener Wagen gestattet.

§. 39.*) Zwischen den Höfen. Hat ein Grundstück mehrere Höfe, so muss zu jedem derselben eine solche Durchfahrt führen, wenn von der Vorderfront seines Abschlusses, gegen die Strasse ab gemessen, eine bebaute Tiefe von mehr als 35^m vorhanden ist.

§. 40. Ausnahmen. Grundstücke, welche ohne Durchfahrten bebaut sind, können ohne dieselben bis zu gleicher Tiefe wieder bebaut werden. Dagegen ist es unzulässig, solche Grundstücke in grösserer Tiefe als bisher und tiefer als 35^m von der Strasse ab zu bebauen, wenn nicht gleichzeitig die erforderlichen Durchfahrten hergestellt werden. Wo ein Gewerbebetrieb (Schlächtereie etc.) eine Durchfahrt im öffentlichen Interesse bedingt, kann die Anlage derselben von dem Polizei-Präsidium für jedes Grundstück verlangt werden.

Sechster Abschnitt. Treppen.

§. 41. Unbewohnte Räume. Zu jedem Geschoss, dessen Fussboden mehr als 2^m über dem Erdboden liegt und welches

*) Vom Januar 1875 ab geändert (s. am Schluss).

Näheren einzugehen, obwohl er — um dem Herrn Hauptpastor Hirsch eine verdiente Aufmerksamkeit zu erweisen — das Bekenntniss nicht zurückhalten darf, dass ihm die Nikolaikirche bei aller Tüchtigkeit und Kostbarkeit, noch heut wie schon 1868, doch als ein ziemlich poesieloses aber trotzdem als kein protestantisches Gotteshaus erscheint. Ebenso muss er darauf verzichten der Villenanlagen in Harvestehude, die in dem Typus ihrer Gesammtheit bemerkenswerther sind, als die einzelnen meist ziemlich einfachen Exemplare, spezielle Erwähnung zu thun, oder dem behaglichen Frieden, der an den grünen Ufern des Alsterbeckens regiert, ein begeistertes Loblied zu singen.

Der in Bezug auf Schwerin und Hamburg befolgten Praxis getreu darf er auch dem Festessen, das den materiell genussreichen Abend dieses im Uebrigen vorzugsweise durch geistigen Gewinn ausgezeichneten Tages bildete, nur wenige Worte widmen. Wenn zu berichten ist, wie auch hier herzlich gemeinte und herzlich ausgesprochene Versicherungen des Dankes und der freundschaftlichen Gesinnung ausgetauscht wurden, so ist vielleicht noch anzuführen, dass den Verhältnissen entsprechend hier vor allen Dingen der Boden des Vereinslebens sich geltend machte und es zu entschiedenem Ausdruck kam, dass es Genossen zweier grosser verwandter und gleichstrebender Körperschaften waren, die in fröhlicher, anregender Geselligkeit verkehrten. Ein Gegenbesuch der Hamburger in Berlin wurde in erfreuliche, hoffentlich nahe Aussicht gestellt.

Es wäre damit der Schluss dieses Reiseberichts gewonnen. Denn was an den beiden nächsten Tagen die in Hamburg verbliebenen Mitglieder des Berliner Vereins auf ihren durch die opferwillige Freundlichkeit der Hamburger Fachgenossen geleiteten Spezial-Exkursionen gesehen und studirt haben — die Architekten besuchten das Abendroth'sche Haus und den Union-Klub am Jungfernstieg, die Villen vor dem Dammthore, die Nordkirche in Altona, die Zollvereins-Niederlage, den Zoologischen Garten, die Kunsthalle u. s. w.

— die Ingenieure kehrten noch einmal nach dem Venloer Bahnhof zurück und suchten vor allen Dingen die Wasserkunst in Rothenburgsort auf — das würde an dieser Stelle erzählt doch wohl zu weit führen und den Erlebnissen Einzelner einen Raum gewähren, der vielleicht schon für die vorangegangenen Schilderungen missbraucht ist. Einzelnes und Wichtiges wird besser eine besondere, sachgemäss eingehende Würdigung finden.

So bliebe dem Verfasser nur übrig das Resultat des Ganzen zu ziehen. Er will dies nicht sowohl in Bezug auf diese Reise thun, von der er sicherlich im Namen aller seiner Gefährten versichern kann, dass sie in einer seltenen Weise gelungen ist, und für die er nochmals allen denen aus vollem Herzen dankt, die zu diesem Gelingen beigetragen haben: er möchte vielmehr vor allen Dingen den Werth derartiger Ausflüge betont wissen. Den Werth nicht bloss, den sie in ihrem Gewinn für den Einzelnen, als Erholung von den Arbeiten des Berufs, als Anregung und Bildungsmittel besitzen, sondern noch mehr den Werth, den sie als Vereins-Unternehmungen, als Mittel einer Annäherung zwischen den Fachgenossen der einzelnen Städte und Vereine des Vaterlandes beanspruchen dürfen. Auf allen Seiten, bei den Berliner Theilnehmern dieser Reise, wie von den Mitgliedern der Vereine, welchen ihr Besuch galt, ist es aufs Lebhafteste empfunden und vielfach ausgesprochen worden, wie hoch eine derartige persönliche Annäherung anzuschlagen sei, wie sie als eine nothwendige Ergänzung und beste Förderung der Bestrebungen, welchen unser demnächst zu gründender Verband dienen soll, betrachtet werden müsse. Und als ein künftig zu erstrebendes Ziel ist es bereits bezeichnet worden, dass ein jeder Verein alljährlich mindestens eine solche Besuchsreise veranstalten, mindestens einen derartigen Besuch empfangen müsse.

Gewiss kann man nicht lebhaft genug wünschen, dass dieses Ziel erreicht werden möge.

— F. —

mehr als 100 \square m Grundfläche hat, ist als Zugang eine feuersichere Treppe erforderlich.

§. 42. Feuersichere Treppen. Hölzerne Treppen gelten als feuersicher, wenn dieselben von unten auf zwischen massiven Wänden liegen, welche bis zur Decke über dem Austritt hochgeführt sind, und wenn ihre Läufe und Podeste, sowie hölzerne Decken über denselben unterhalb geschalt und mit Rohrputz bekleidet sind.

§. 43. Wohnräume. Jede Wohnung, deren Fußboden 2 m bis 6 m über der Erde liegt, muss zu wenigstens einer feuersicheren Treppe einen direkten feuersicheren Zugang erhalten. Zugänge gelten als feuersicher, wenn ihre Wände massiv oder ebenso wie die hölzernen Decken mit Rohrputz bekleidet sind. Jede mehr als 6 m über dem Erdboden liegende Wohnung muss zu einer unverbrennlichen Treppe einen direkten feuersicheren Zugang haben.

§. 44. Unverbrennliche Treppen. Treppen gelten als unverbrennlich, wenn die tragenden Theile in Läufen und Podesten, An- und Austritten, sowie die Verbindungen zwischen den letzteren von unten auf in unverbrennlichem Material ausgeführt sind, zwischen massiven Wänden liegen und mit Decken von ebensolchem Material abgedeckt sind.

§. 45. Wohnungen mit zwei Treppen. Wohnungen, welche einen direkten feuersicheren Zugang zu zwei feuersicheren Treppen haben, bedürfen der unverbrennlichen Treppen nicht.

§. 46. Feuergefährliche Gebäude etc. In Theatern oder in anderen Gebäuden, welche für die Aufnahme einer grösseren Anzahl von Menschen bestimmt sind, in Gebäuden, in

welchen feuergefährliche Gewerbe betrieben werden, sowie in Fabriken, Magazinen und Speichergebäuden wird die Lage, Anzahl und die Beschaffenheit der Treppen nach dem Bedürfniss durch das Polizei-Präsidium festgesetzt.

§. 47. Breite und Bauart der Treppen. Alle Treppen, welche als unverbrennliche oder als feuersichere gelten sollen, müssen ebenso wie die betreffenden Zugänge mindestens 1 m breit und sicher passierbar sein. Brettwände, Verschlüsse und ähnliche Unterbauten sind unter solchen Treppen überhaupt nicht zulässig. Konstruktionen, deren Sicherheit lediglich auf der Bindekraft des Mörtels beruht, sind für gemauerte Treppen unstatthaft. Treppen aus Stein können in den Tritt- und Futterstufen hölzernen Belag erhalten. Alle anderen Verkleidungen sind unstatthaft, wenn diese Treppen als unverbrennliche oder als feuersichere gelten sollen. Wenn eiserne Treppen als unverbrennliche oder als feuersichere gelten sollen, so hat das Polizei-Präsidium diejenigen Bestimmungen in Betreff des Belags, der Bekleidung und der einschliessenden Wände zu treffen, welche für den betreffenden Fall geboten erscheinen. In den Bau-Anträgen muss deshalb die Absicht, solche Treppen anzuwenden, bestimmt ausgesprochen sein.

§. 48. Durchführung bis zum Dachboden. In der Regel müssen die zur Verbindung der Geschosse dienenden Treppen bis zum Dachboden durchgeführt werden. Ausnahme hiervon sind nur zulässig, wenn nach dem Ermessen des Polizei-Präsidiums die Zugänglichkeit des Dachraums anderweit ausreichend gesichert ist.

(Fortsetzung folgt.)

Die mittelalterlichen Bauwerke in Lübeck.*)

In dem Reisebericht über den Besuch von Mitgliedern des Berliner Architektenvereins in Lübeck am 28. August wird in No. 37 dieses Blattes ein „warnender Mahnruf“ erhoben über die „geringe Sorgfalt oder das geringe Verständniss, mit welchem die Technik der gegenwärtigen Restaurationsarbeiten der Lübecker Monumentalbauten gehandhabt zu werden scheint.“

Ueber den Mangel an Verständniss können wir natürlich mit dem Berliner Kritiker nicht streiten, aber vor dem Vorwurf zu geringer Sorgfalt möchten wir uns mit einigen Zeilen verwahren, zumal der Reiseberichtersteller selbst eine Antwort und Aufklärung wünscht.

Der Unterzeichnete, seit acht Jahren mit Leitung der Herstellungsarbeiten an den Lübecker nicht kirchlichen Monumentalbauten betraut, ist sich bewusst, mit grösster Pietät den ursprünglichen Formen nachgespürt und von dem Alten erhalten zu haben, was sich überhaupt erhalten liess; wenn dies auch nicht immer geglückt ist, und an manchen Stellen alte zerbröckelnde Bautheile durch neues Material in den alten Formen ersetzt werden mussten, so ist doch hierdurch allein so manches Lübecker Bauwerk vor dem gänzlichen Untergange bewahrt worden.

Der Vorwurf des Reiseberichtes trifft hauptsächlich den mit schwarzglasierten Steinen neu verblendeten westlichen Rathhausgiebel, und zwar die Farbe desselben. Bei der dringend notwendigen Instandsetzung dieser Fassade fanden sich die alten Steine, welche ein Alter von vierhundert Jahren aufzuweisen haben, derartig verwittert, dass ein blosses Ausbessern mit neuen Steinen nicht thunlich war. Bei früheren Ausbesserungen hatte man sich aus Sparsamkeitsrücksichten dadurch geholfen, dass man die eingeflickten rothen Mauersteine mit Theer oder Oelfarbe schwarz gemacht hatte, und es verdient gewiss Anerkennung, dass in neuester Zeit die nöthigen Geldmittel flüssig gemacht worden sind, um von derartigen Nothbehelfen gänzlich absehen und nur glasierte Steine anwenden zu können. Dass diese Steine schwarz glasiert sind, und nicht „braun- oder grünschwarz“, wie der Verfasser des Reiseberichtes will, hat seinen Grund darin, dass die alten Steine jenes Giebels schwarz waren, wie dergleichen noch jetzt an der ganzen Ostfassade des Rathhauses zu sehen sind; auch das alte Format ist genau bei den neuen Steinen beibehalten worden, obgleich die grosse Dicke von 82 Millimeter den jetzigen Ziegeln sehr unbequem ist; das Schichtenmaass, also auch die Dicke der Fugen, sowie selbstverständlich jede Profilierung ist genau den alten Mustern nachgebildet. Wäre nicht der Vorwurf der Kunstkritik viel berechtigter gewesen, wenn bei der Restauration die historische schwarze Fassade des Lübecker Rathhauses sich plötzlich in eine braun- oder grünschwarze mit „hellen“ Fugen umgewandelt hätte? Dass das Mauerwerk mit dunkelgefärbtem Mörtel ausgefügt worden ist, beruht ebenfalls nur auf der Nachahmung der vorhandenen alten Reste; nur wenige Jahre genügen, um die Fugen so auszubleichen, dass sie bedeutend heller erscheinen, als die glasierten Ziegel. Den Beweis für diese Behauptung

liefert die vor acht Jahren begonnene Wiederherstellung der Holstenthorthürme, welche dem Verfasser des Reiseberichtes in der Beleuchtung des Abendhimmels „in einer durch Glanzlinien flüssigen Goldes belebten Pracht erschienen“; und doch ist der gegen den Abendhimmel gerichtete Mittelbau des Holstenthores durchaus mit neuen Steinen verblendet, welche in derselben Ziegelei angefertigt und glasiert sind, wie die Ziegel der Rathhausfassade, dasselbe ist bei der Westfassade des Burghorthurms der Fall, welche in den Jahren 1862 und 1863 neu verblendet worden ist. Da haben also schon wenige Jahre genügt, um das Neue mit dem Alten in Harmonie zu bringen. Wenn wir das Gleichniss des Reiseberichterstellers weiter führen wollen, welcher die neuverblendete Rathhausfassade mit einem blank gewachsenen Stiefel vergleicht, so gleicht der alte Theil des Rathhauses allerdings einem staubbedeckten, glanzlosen Reisetiefel, der seit langer Zeit nicht geputzt worden ist. Die Zeit wird aber auch hier sehr bald den Ausgleich übernehmen, und wir wünschen nur, dass der Verfasser des Reiseberichtes nach etwa zehn Jahren wiederkehren möchte, um zu sehen, ob sein Gleichniss noch zutrifft. So „jahreszeitgemäss“ auch der fernere Vergleich der Färbung der alten Fassade mit dem „duftigen Hauch einer frisch gepflückten Pflaume“ ist, so verhält sich die Sache doch gerade umgekehrt, denn nicht die Frische, sondern gerade das Alter, der Sturm und Regen von Jahrhunderten haben den Glanz des alten Lübecker Rathhauses gemildert, und das wird voraussichtlich auch bei dem restaurierten Theil der Fassade sein.

Was schliesslich die Herstellungsarbeiten an den Lübecker Kirchen betrifft, so walten dabei so eigenthümliche Verhältnisse ob, dass weder Lob noch Tadel an die Adresse eines Architekten zu richten ist. Die hiesigen Kirchen, welche theilweise über bedeutende Mittel verfügen, werden von ihren Vorsteherschaften ganz selbstständig verwaltet; eine staatliche Oberaufsicht in baulicher Beziehung findet nicht Statt. Je zwei „Bauvorsteher“, fast ausnahmslos Kaufleute, lassen die ihnen erforderlich scheinenden Arbeiten durch ihre langjährigen Kirchenarbeiter ausführen, soweit eben die Mittel reichen. Dass dazu „glatte, gleichmässige und gleichfarbige Ziegel“ genommen worden, wie der Verfasser des Reiseberichtes rügt, ist doch wohl natürlicher, als wenn die Ziegel rau, ungleichmässig und scheckig wären.

Lübeck, den 17. Septbr. 1871.

Krieg.

*) Wir veröffentlichen nachstehend mit bestem Danke für die schnelle Erfüllung unseres Wunsches die uns aus Lübeck zu Theil gewordene Aufklärung, aus der wir mit Befriedigung die eine Thatsache entnehmen, dass bei den restaurierten Theilen des Rathhauses die alte Fugenstärke beibehalten worden ist und unsere entgegengesetzte Wahrnehmung demnach auf einer — durch die dunkle Färbung leicht möglichen — Täuschung beruht hat. Was den eigentlichen Kernpunkt der Kontroverse, die Farbe der Verblendungssteine betrifft, so ist dies ein Punkt, bei welchem die subjektive Auffassung eine zu grosse Rolle spielt, als dass wir uns mit dem erhaltenen Bescheide ohne Weiteres zufrieden geben könnten. Es würde uns zunächst sehr erwünscht sein, wenn auch andere Fachgenossen, und zwar solche, die durch eigene Restaurationen mittelalterlicher Backsteinbauwerke ein besseres Recht zu einem Urtheil haben, sich über die Sache vernahmen lassen möchten. (D. Red.)

Mittheilungen aus Vereinen.

Aus dem Architekten-Verein zu St. Petersburg.

St. Petersburg, August 1871.

VS. Die Hoffnungen und Wünsche, die ich in meinem letzten Bericht in Betreff unseres Architekten-Vereins ausgesprochen habe, (No. 48, Jhrg. 1870) scheinen sich in unerwartetem Maasse erfüllen zu wollen. Der Verein wächst und gedeiht und wird sich, lässt der Eifer der Mitglieder nicht nach, in nicht allzu

ferner Zeit eine ehrenvolle Stellung unter gleichstrebenden wissenschaftlichen Vereinen erworben haben. Die Mitgliederzahl mehrt sich nicht schnell aber stetig und beläuft sich gegenwärtig auf ca. 120, die auswärtigen Mitglieder nicht mit eingerechnet. Die Versammlungen, die bis vor Kurzem in dem in der Akademie der Künste belegenen, sehr geräumigen Atelier des Vorsitzenden, Professor Resanoff, abgehalten wurden,

finden jetzt in einem prächtigen Saale der Kunst-Akademie statt, der dem Verein eigens zu diesem Zwecke vom Vize-Präsidenten der Akademie, dem Grossfürsten Wladimir, überlassen worden ist; das Lokal hat einen besonderen Eingang mit Vorzimmer, Garderobe und sonstigen Bequemlichkeiten, liegt dem Centrum der Stadt sehr nahe und kann nicht leicht günstiger gedacht werden.

Das innere Leben des Vereins entsprach durchaus der günstigen Gestaltung der äusseren Verhältnisse; die endgiltige Ausarbeitung der Vereinsordnung nahm vor Allem die Thätigkeit der Mitglieder in Anspruch, aber auch die rein fachlichen Arbeiten derselben, wie Vorträge, Konkurrenzen u. s. w. können nach Zahl und Inhalt als erfreulich bezeichnet werden. Besonders erwähnt zu werden verdienen nachfolgende grössere Vorträge: Architekt-Ingenieur März: Ueber Bau und Anlage der von ihm ausgeführten öffentlichen Aborte — Professor Rachau: Grundregeln der Stalaktitenbildung in der maurischen Architektur — Professor Bernhard: Theoretische Untersuchung über den Einsturz einer steinernen Kirche im Dorfe Memino — Baumeister Küttner: Ueber öffentliche Konkurrenzen mit Bezugnahme auf die in der „deutschen Bauzeitung“ erschienenen Artikel über denselben Gegenstand — Professor Resanoff: Ueber den von ihm projektirten Neubau eines Stadthauses in Moskau — Architekt-Ingenieur Büchse: Ueber den Plan eines von ihm unter Mitwirkung des Vereins herauszugebenden Architekten-Kalenders für Russland — Baumeister Wehrheim: Ueber Eiskelleranlagen — Architekt Geschwendt: Kritische Beleuchtung der städtischen Baugesetze — Architekt Scobolischikoff: Ueber Ventilation der Aborte u. a. m.

Ausser dem Architekten-Kalender, der in kürzester Zeit im Druck erscheinen soll, wird der Verein noch ein Fachjournal herausgeben, das demnächst ins Leben gerufen werden wird und als Organ des Vereins zu betrachten ist. Die Zeitschrift soll jährlich zwölf Hefte zu je fünf Blatt Zeichnungen mit entsprechendem Text bringen, in Folio-Format erscheinen und im Abonnement 10 Rubel jährlich kosten. Die Erläuterungen zu den Kupfern sollen in drei Sprachen, der übrige Text nur in russischer Sprache gedruckt werden. In regelmässiger Aufeinanderfolge sollen im Journal Aufnahme finden: 1) Arbeiten der Mitglieder aus der Sammlung des Vereins. 2) Historische Denkmäler, die noch nicht veröffentlicht worden oder doch wenig bekannt sind. 3) Baulichkeiten und Kunstgeräthe in Russischem Geschmack. 4) Projektirte und ausgeführte Bauwerke einheimi-

scher Architekten. 5) Details und Konstruktionen. Der Text soll vor Allem die Sitzungsprotokolle des Vereins, die zu den Zeichnungen gehörenden Erläuterungen und selbstständige Aufsätze enthalten. Annoncen und dergl. sollen später als Beilage dem Journale angeschlossen werden. Die zur Herausgabe der Zeitschrift erforderlichen Geldmittel sind durch Subskription beschafft und Herr März zum Chef-Redakteur durch Stimmenmehrheit gewählt. Ihm zur Seite stehen mehrere der tüchtigsten Fachleute, die das Sichten und Bearbeiten des herauszugebenden Materials übernommen haben. Bei unserem nicht unbedeutenden Reichthum, besonders an künstlerisch gediegenen Arbeiten steht zu erwarten, dass das Werk auch in weiteren Fachkreisen Interesse erregen und Verbreitung finden werde.

An der im Jahre 1872 in Moskau stattfindenden polytechnischen Ausstellung wird sich der Verein als solcher betheiligen und ein Ausschluss aus 3 Mitgliedern sammelt und ordnet die auszustellenden Arbeiten, Modelle und Materialproben.

Hiesigen Verhältnissen Rechnung tragend, hat der Verein gegenwärtig noch Ferien; die Versammlungen haben mit Mitte Mai aufgehört, um im September mit frischen Kräften wieder aufgenommen zu werden.

Architekten-Verein zu Berlin. Die Theilnehmer der 10. Exkursion am 16. September vereinigten sich in ziemlicher Anzahl um 2 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhofe zu einer Fahrt nach der Villenanlage am Wannsee. Der Zug hielt bei dem zunächst liegenden Wärterhause der Eisenbahn und ging die Gesellschaft von dort zu Fuss durch den Wald nach der Ansiedelung, welche sich an dem Ufer des grossen und kleinen Wannsee erstreckt und eine Ausdehnung von etwa 200 Morgen besitzt. Der Herr Geh. Kommerzienrath Conrad, der dieselbe begründet hat, empfing die Besucher in seiner Besitzung und führte dieselben sodann in Begleitung der Baumeister Heyden und Kyllmann nach den verschiedenen neu errichteten Villenbauten, welche mit grossem Interesse besichtigt wurden. Wir beabsichtigen seit längerer Zeit die parallelen Unternehmungen dieser Art bei Berlin in einem besonderen Artikel zu besprechen und fügen hier nur noch chronistisch an, dass sich die Versammlung nach der Besichtigung wieder in der Villa des Hr. Conrad versammelte, wo die liebenswürdigen Führer einen Abendimbiss bereit hielten. Erst in der Dunkelheit kehrte man zu der Haltestelle zurück, die in anerkennenswerther Weise mit Pechpfannen und Lampen erleuchtet war.

Vermischtes.

Kloset-Einrichtungen. Die Zeit des Cholera-Schreckens mahnt uns ganz besonders, unsere Aufmerksamkeit den in grossen Städten oft so mangelhaften Klosets zuzuwenden.

Wenn der Dichter des bekannten Architektenliedes von den Berliner Einrichtungen singt: „Sie haben oft nur einen Topf, nur selten eine Grube“, so trifft dies noch heute vollständig zu und wird bis zur Durchführung der Kanalisierung schwerlich anders werden. Es liegt daher alle Veranlassung vor zum Mindesten auf eine möglichst zweckmässige Konstruktion transportabler Klosets Bedacht zu nehmen, und beschreiben wir im Folgenden zwei derartige Hausgeräthe, die sich für gewisse Fälle zur Anwendung wohl empfehlen und einen Platz neben den komplizirteren halb stabilen Einrichtungen, wie sie das Mehlhose'sche Luftkloset, das Müller-Schür'sche Streukloset, das Erdkloset etc. darstellen, immerhin behaupten dürften.

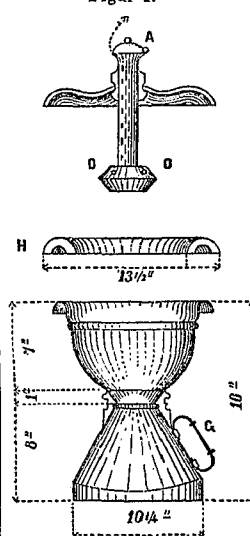
Das in Fig. 1 dargestellte Kloset ist in Berlin bereits hier und da gebräuchlich. Ein im Grundriss kreisförmiges Gefäss aus Eisenblech, aussen bronzirt, innen weiss lackirt, zeigt in der Mitte seiner Höhe eine Verengung in konischer Form, welche den inneren Raum in 2 Hälften theilt. Der untere Theil dient zur Aufnahme der Exkremente, der obere zur Herstellung wasserdichten Verschlusses. Zu diesem Zweck ist am Deckel ein senkrecht Blechrohr angebracht, welches unten einen breiteren hohlen Ansatz trägt. Dieser letztere passt genau in die vorerwähnte konische Verengung und ist nach oben mit 3 oder 4 Löchern *o o* versehen, sodass das Wasser, welches bei *A* in die Röhre gegossen wird, bei *o* ausfliesst, sich hier ansammelt und wasserdichten Schluss bildet, solange der Deckel geschlossen ist.

Beim Gebrauch des Klosets dient ein Holzring *H*, welcher auf den oberen Rand des Gefässes gelegt wird, als Sitz. Nachdem dieser wieder abgenommen ist, wird der Deckel fest aufgesetzt und bei *A* etwa eine Tasse voll Wasser eingefüllt, darauf die kleine Klappe *A* geschlossen.

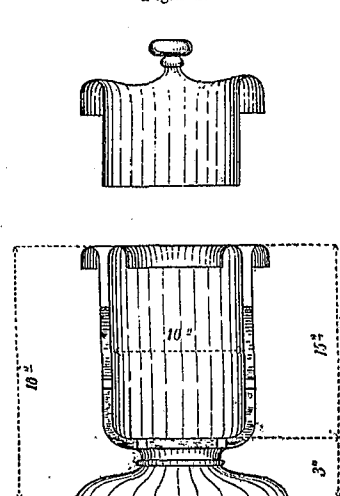
Das ganze Gefäss ist transportabel durch einen Bügel aus starkem Draht, wie ein solcher bei Wassereimern im Gebrauch ist; beim Ausleeren und Ausspülen wird ausserdem der Griff *G* benutzt. Ein solches Kloset ist für eine kleine Familie (von 3 Personen etwa) bei wöchentlich zweimaliger Reinigung völlig ausreichend, ausserdem thut es seiner leichten Handhabung wegen in Krankenzimmern sehr gute Dienste. In Berlin sind dgl. Apparate zu haben u. A. beim Klempnermeister Drosdowski, Kesselstr. 21, und bei Zobel, Markgrafenstr. 9. Preis etwa 5 Thlr.

Eine andere ebenso einfache Art von Klosets, schon seit 1864 bekannt und namentlich in Schlesien ziemlich verbreitet, ist in Fig. 2 abgebildet. In einem runden aus Eisenblech gefertigten, mit einem Boden und nach aussen gebogenen Rändern versehenen Gefäss steht ein zweites ebensolches, dessen Durchmesser um $\frac{1}{4}$ — 1" (19—31 mm) geringer ist als das äussere Gefäss und dessen Ränder theilweise nach innen gebogen sind. — Um

Figur 1.



Figur 2.



demselben eine sichere Stellung zu geben, sind die Wände mit vorstehenden Spitzen versehen, so dass ein Hin- und Herbewegen innerhalb des grösseren Gefässes unmöglich ist. Der leere Raum zwischen beiden wird mit Wasser gefüllt. Der zum Verschluss dienende Deckel greift nun zwischen die beiden Wandungen in das Wasser hinein und bewirkt so einen völlig geruchlosen Verschluss. Das Wasser wird jedesmal beim Reinigen des Klosets erneuert und zwar am besten, wenn am Boden des äusseren Gefässes eine Oeffnung, welche durch einen Stöpsel verschliessbar ist, angebracht wird.

Die feierliche Eröffnung des Mont-Cenis-Tunnels hat am 17. September unter Gegenwart aller italienischen Minister, des französischen Handelsministers und einer grossen Zahl geladener Ehrengäste stattgefunden; der Zug, welcher die Gäste von den französischen nach der italienischen Seite abholte, passirte den Tunnel von Bardonnèche nach Modane in 21, zurück wegen der stärkeren Steigung in 42 Minuten. Wochenlang vorher hatten bereits Probefahrten stattgefunden und war durch das Resultat derselben das in der letzten Zeit aufgetauchte Gerücht, dass sich der Tunnel wegen der grossen in demselben herrschenden Hitze und wegen der Unmöglichkeit, denselben in genügender Weise ventiliren und von Rauch befreien zu können, nicht bewähre, aufs Glänzendste widerlegt worden. Die höchste, neuerdings

beobachtete Temperatur in demselben soll den letzten Nachrichten zufolge nicht mehr als 30° C. betragen haben, während dieselbe nach einer Probefahrt am 14. September sogar nur 25° C. (20° R.) betrug. Von den Persönlichkeiten, welchen das grösste Verdienst an der Durchführung des ausserordentlichen Unternehmens gebührt, haben übrigens nur Wenige den Tag seiner Eröffnung erlebt; Sommeiller, dem die Idee der Bohrmaschine und damit wohl der grösste Antheil an dem Gelingen des Werks zu danken ist, starb erst vor wenigen Monaten. Seinem Gefährten, dem Ingenieur Grattoni war es beschieden, die wohlverdienten Ehren, die den genialen und energischen Erbauern des Tunnels zu Theil geworden sind, für ihn mit in Empfang zu nehmen.

Der theilweise Einsturz eines Hauses in Berlin (Oranienstrasse 52), wie er in diesem Umfange seit dem grossen Unglücksfall in der Wasserthorstrasse nicht vorgekommen ist, hat am 14. d. Mts. die Bewohner der Hauptstadt in Schrecken gesetzt. Soweit sich der Thatbestand übersehen lässt, scheint der Unfall durch die unverständige und leichtsinnige Ausführung von Bauarbeiten, die zur Vergrösserung eines Ladenlokals unternommen wurden, verschuldet zu sein. Es wurden zu diesem Zwecke die balkentragende Mittelwand des Hauses, sowie eine Scheidewand durchbrochen und mit Bögen unterfangen; der stehen gebliebene Pfeiler, gegen welche diese Bögen sich lehnten, soll jedoch nichts weiter als ein Schornsteinkasten gewesen sein, dessen Wände zum Theil nur 2½" stark waren. Trotzdem haben die Bögen sich eine Zeit lang gehalten und ist eine Katastrophe erst eingetreten, als man nunmehr daran ging, den Fussboden des Ladens tiefer zu legen und zu diesem Zwecke einige Gurtbögen im Keller entfernte, sowie den zum Erdgeschoss gezogenen Theil der Mauern und jenes Pfeilers entsprechend abstemmte. Mit den betreffenden inneren Mauern sind sämtliche 4 Balkenlagen in der Breite des betreffenden Ladenlokals zusammengestürzt, die Frontmauern und das Dach sind stehen geblieben. Leider ist bei diesem Unfälle der Verlust von 3 Menschenleben, Bewohnern der Etagen, zu beklagen, während es den Maurern und den im Laden befindlichen Personen gelungen ist, sich zu retten. Der Maurermeister, welcher die Arbeit ohne baupolizeiliche Genehmigung ausgeführt hat, ist verhaftet worden.

Bauwissenschaftliche Litteratur.

Juli, August, September 1871.

- Bauer, G., Regeln für den Bau der Durchlässe bei den bayrischen Eisenbahnen. 8. München. 4 Sgr.
 Bauschinger, J., Elemente der graphischen Statik. Mit 20 lith. Taf. 4. München. 3 Thlr. 15 Sgr.
 Bericht der von dem Gemeinderathe der Stadt Wien zur Prüfung der neuen Wasserleitungsröhren ernannten Experten-Kommission. 8. Wien. 16 Sgr.
 Bockendahl, Dr. J., Das Erd-, Gruben-, Eimer- und modifizierte Wasser-Kloset in England. Nach dem „Public Health Report“. Mit 1 Taf. Abbild. 8. Kiel. 20 Sgr.
 Chanute, O., the Kansas City Bridge, with an account of the regimen of the Missouri River, and a description of methodes used for founding in that river. Mit 14 Taf. Abbild. 4. New-York. Gebunden. 12 Thlr. 15 Sgr.
 Clarke, an account of the Iron Railway Bridge across the Mississippi River at Quinecz Illinois. Mit 21 Taf. 4. New-York. Gebunden. 10 Thlr.
 Conradi, C., Entwürfe zu Kirchen-, Schul- und Pfarrgebäuden. 1. Heft. Mit 6 Taf. Fol. Carlsruhe. 2 Thlr.
 Cremer, R., Die polytechnische Schule zu Aachen. Ausgef. und herausg. von F. Esser. Fol. Berlin. Kart. 3 Thlr. 20 Sgr.
 Entwürfe ausgeführter städtischer Wohngebäude, in Grundrissen, Facaden, Durchschnitten und Details. Herausg. von Boeckler & Lothes, G. Gregor, J. Promnitz und Werner. Mit 20 Taf. Fol. Halle. 2 Thlr.
 Exner, W. F., Die mechanischen Eigenschaften des Holzes. 1. Thl. Mit 2 Taf. 8. Wien. 26 Sgr.
 Gerlach, Dr. L., Illustriertes Wörterbuch der mittelalterlichen Kirchenbaukunst. Mit 100 Holzschn. 8. Stuttgart. 20 Sgr.
 Gerstenberg, A., Die städtischen Schulbauten Berlins. Fol. Berlin. 3 Thlr. 25 Sgr.
 Harlacher, A. R., Wetli's Eisenbahnsystem, zur Ueberwindung starker Steigungen. 8. Zürich. 24 Sgr.
 Hartig, G. L. u. Th., Kubiktabellen für geschnittene, beschlagene und runde Hölzer, Kreisfläche-Tabellen für Durchmesser und für Umfang, Geld-, Potenz- u. Reduktions-Tabellen nebst einer Anleitung zur Messung liegender und stehender Bäume. Nach dem neuen Maass bearbeitet. 10. Aufl. 8. Berlin. Geb. 2 Thlr.
 Heiden, E., Statik des Landbaues. 8. Hannover. 2½ Thlr.
 Hochstetter, J., Samml. v. Plänen ausgeführter und zur Ausführung entworfenen militärischer Gebäude im Grossherzogthum Baden. 1. Heft. Fol. Carlsruhe. 2 Thlr.
 Jeep, W., Der Bau der Pumpen u. Spritzen. Mit 157 Holzschn. u. Atl. v. 38 kol. Taf. 8. Leipzig. 8½ Thlr.
 Koller, G., Gutachten über die Projekte einer Rheinthalbahn von Basel über Koblenz nach Winterthur u. Wetzikon, in technischer und finanzieller Beziehung. 4. Basel. 15 Sgr.
 Laisle, F., & A. Schübler, Calcul de construction des ponts métalliques. Tom. I. 8. Stuttgart. 2½ Thlr.
 Langhans, C. F., Das Stadt-Theater zu Leipzig. Fol. kart. Berlin. 3½ Thlr.

- Lippich, F., Theorie des kontinuierlichen Trägers konstanten Querschnitts. 4. Wien. 1 Thlr.
 Merrill, W. E., Iron Truss Bridges for Railroads etc. Mit 9 lith. Taf. 4. New-York. Geb. 8 Thlr.
 Ornamentik für Schlosser u. Architekten. Herausg. von F. Krug u. A. Pertz. 3. Heft. Fol. Gera. 2 Thlr.
 Ortwein, A., Deutsche Renaissance. 1. Abthlg. Nürnberg. 1. Heft. Mit 10 autogr. Tafeln. Fol. Leipzig. 24 Sgr.
 Pabst, G., Vierstellige Kubiktafeln zur Inhaltsbestimmung runder und vierkantiger Hölzer nach dem metrischen Maasse. 2. Aufl. 8. Gera. Geb. 1 Thlr. 15 Sgr.
 — zweistellige Kubiktafeln zur Inhaltsbestimmung runder Hölzer n. d. m. M. 8. Gera. Kartonnirt. 10 Sgr.
 Promis, Carlo, Gli Architetture e l'Architettura presso i Romani. 4. Turin. 2 Thlr.
 Quellschriften für Kunstgeschichte und Kunsttechnik des Mittelalters und der Renaissance. Herausgegeben von R. Eitelberger von Edelberg. 1. Bd. 8. Wien. 24 Sgr.
 Ritter, W., Die elastische Linie und ihre Anwendung auf den kontinuierlichen Balken. 8. Zürich. 8 Sgr.
 Roeder, O., Die Cottbus-Grossenhainer Eisenbahn. 8. Berlin. 10 Sgr.
 Röntgen, R., Die Grundlehren der mechanischen Wärmetheorie. 1. Thl. 8. Jena. 2 Thlr. 12 Sgr.
 Rossi, Mosaiques des églises et basiliques de Rome au XV. siècle. 20 Lfgn. Fol. Rom. 2 Thlr.
 Schmitz, F., Der Dom zu Cöln, seine Konstruktion und Ausstattung. Mit Text v. L. Ennen. 11. u. 12. Lief. Imp.-Fol. Cöln. Jede Lief. 2 Thlr.
 Schwabe, G., über das englische Eisenbahnwesen. Reisesstudien. 8. Berlin. 1½ Thlr.
 Steinbrück, C., Die Bau-Polizei-Ordnung f. d. Stadt Berlin. v. 21. April 1853. Mit den bis jetzt erschienenen Ergänzungen und Abänderungen und mit Bezug auf das metrische Maass herausg. 8. Berlin. 15 Sgr.
 Tyndall, J., Die Wärme betrachtet als eine Art der Bewegung. 2. Aufl. 2 Thle. 8. Braunschweig. 3 Thlr.
 Wanderley, G., Handbuch der Baukonstruktionslehre. Mit ca. 1000 Holzschn. Bd. 1. Die Konstruktionen in Stein, Holz und Eisen. 8. Halle. 1 Thlr. 27 Sgr.
 Wanka, J., v., Gemeinfassliche Theorie der Terrain-Darstellung. 3. Aufl. 8. Wien. 1 Thlr. 20 Sgr.
 Weber, H., Der Bau der Lokomobilen und transportablen Dampfmaschinen. Mit 53 Holzschn. u. Atlas v. 22 kol. Tafeln. 8. Leipzig. 6 Thlr.

Konkurrenzen.

Konkurrenz für den Wiederaufbau der Neuen Kirche in Strassburg. Das Konkurrenz-Programm lautet dem „Niederrhein. Courier“ zufolge im Wesentlichen wie nachstehend: Der Bauplatz ist der des zerstörten Gebäudes, jedoch ist derselbe durch die Erweiterung der Strasse etwas verringert. Das Gebäude muss 2000 Sitzplätze erhalten. Der Thurm soll drei Glocken enthalten, die grösste 4000 Kilogramm (8000 Zolpfund) wiegend; auch muss der Thurm eine Uhr aufnehmen können. Die Kirche muss mit Heizapparaten und mit Gasbeleuchtung versehen sein. Das Konsistorium schreibt keinen Baustil vor, macht jedoch die Konkurrenten darauf aufmerksam, dass es sich hier um eine christliche, protestantische Kirche handelt. Die Ausgabe darf die Summe von 800,000 Frs. nicht übersteigen. In diese Summe müssen die Mobilien, die Orgel, die Heiz- und Beleuchtungsapparate mit einbegriffen werden. Spätestens bis zum 31. Januar 1872 sind die Projekte bei dem Präsidenten des Konsistoriums portofrei einzuliefern. Die Projekte bleiben 14 Tage lang ausgestellt, nach welcher Zeit die Jury die Preise vertheilen wird. Die Preise bestehen aus: 1) einem I. Preise von 5000 Frs.; 2) einem II. Preise von 2000 Frs.; und 3) einem III. Preise von 1000 Frs. Die gekrönten Projekte bleiben das Eigenthum des Konsistoriums, welches dieselben nach Gutdünken benutzen kann. Das Konsistorium behält sich das Recht vor, die Arbeiten von irgend welchem Architekten seiner Wahl ausführen zu lassen. Die Jury besteht aus dem Präsidenten des Konsistoriums, den Architekten Boeswillwald und Questel zu Paris, Professor Semper zu Wien und drei Mitgliedern des Konsistoriums. (Wir geben diese Nachricht, wie wir sie in politischen Blättern finden, vorbehaltlich einer eventuellen weiteren Besprechung, sobald uns vollständigeres Material zur Disposition steht. Gesuche um Mittheilung des Spezial-Programms sind zweifellos gleichfalls an den Präsidenten des Konsistoriums zu richten).

Personal-Nachrichten.

Preussen.

Ernannt: Der Eisenbahn-Baumeister Jacobi zu Berlin zum Eisenbahn-Bau-Inspektor im technischen Eisenbahn-Bureau des Königl. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten in Berlin. Der Kreisbaumeister Pavelt zu Goldberg zum Bauinspektor in Kiel.

Brief- und Fragekasten.

Ein Bauführer. Wir sind ausser Stande Ihnen anzuzeigen, ob die von einem Bauführer als Reservist oder Landwehrmann unter den Fahnen verbrachte Zeit ihm als Praxis zum Baumeister-Examen angerechnet wird, können jedoch nur ernstlich bezweifeln, dass dies der Fall sei.